

hänge, und es bleibt fraglich, ob sich nicht mit ähnlicher Plausibilität eine völlig andere Geschichte erzählen ließe. Das Fehlen jeglicher Zweifel an der eigenen Interpretation und das ausbleibende Eingeständnis jeglicher Grenzen des eigenen Erklärungsanspruchs machen den Text dann letztlich eher zu einem politischen Debattenbeitrag als zu einer wissenschaftlichen Analyse.

Theoretisch am instruktivsten sind die letzten drei Kapitel des Bandes. Der sehr erhellende Beitrag von *Hubertus Buchstein* und *Dirk Jörke* bietet eine kritische Rekonstruktion der Entwicklung von Jürgen Habermas' Werk seit den 70er Jahren und diskutiert dessen epistemische Wende, um im Anschluss eine von Foucaults Diskurstheorie inspirierte Kritik an deliberativen Demokratietheorien und institutionalisierter Deliberation vorzunehmen. Eine Pointe liegt jedoch schließlich in der Feststellung, dass Habermas' politische Theorie eine normative Grundlage gerade für die Institutionen und Praktiken darstellen könnte, die für Foucault Dominanzbeziehungen minimieren könnten (297). Das folgende Kapitel von *David Howarth* und *Steven Griggs* legt die Grundlagen einer poststrukturalistischen Politikanalyse dar, das Abschlusskapitel von *Frank Fischer* und *Alan Mandell* die Theorie und Praxis transformativen Lernens. Gerade der Beitrag von *Fischer* und *Mandell* macht aber wieder deutlich, wie sehr in der argumentativen Policyforschung Analysemethode und politisch propagierte Entscheidungs- und Planungspraxis in eins fallen. Transformatives Lernen wird zugleich als politische Praxis vorgeschlagen und als Theorie sozialer Interaktion verwendet, um eben diese Praxis zu untersuchen. Aus Sicht einer post-positivistischen und

poststrukturalistischen Theorie mag dies sogar angezeigt sein, für Forscher mit einem „konventionelleren“ Wissenschaftsverständnis ist dieses Vorgehen jedoch problematisch.

Insgesamt ist der Band für Anhänger interpretativer Ansätze in der Policyforschung eine mit Sicherheit wertvolle Dokumentation des Diskussions- und Forschungsstandes, stellt aber für Außenstehende kein Kompendium dar, in dem ein kohärentes Forschungsprogramm deutlich wird. Angesichts einiger durchaus sehr lesenswerter Einzelbeiträge und des moderaten Preises stellt das Buch insbesondere für Bibliotheken dennoch eine lohnende Anschaffung dar.

*Claudia Landwehr*

Rodgers, Daniel T. *Age of Fracture*. Cambridge, Mass. und London. Harvard University Press 2012. 360 Seiten. 17,10 €.

Das Forschungsfeld „Internationale Politische Theorie“ hat sich spätestens seit 2010 auch in der deutschen Politikwissenschaft etabliert und scheint derzeit insbesondere unter ambitionierteren Nachwuchswissenschaftlern eine der populärsten Kategorien akademischer Selbstbeschreibung zu sein. *Daniel T. Rodgers*, Henry Charles Lea Professor of History an der Princeton University, kann mit Recht als einer der Pioniere des Feldes gelten.

Bereits im 1998 erschienenen „Atlantic Crossings“ standen Ideen und deren transeuropäische und transatlantische Diffusion im Mittelpunkt der Analyse. Auch wenn einigen Kommentatoren Rodgers' Methode reichlich eklektisch erschien, setzte diese gerade durch den Fokus auf ein gemeinsames konzeptuel-

les Bezugsfeld (statt auf nationalstaatliche Differenzen) neue Maßstäbe in der transnational-komparativen Forschung. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts – so Rodgers' These in *Age of Fracture* – begannen die „terms that had dominated post-World War II intellectual life [...] to fracture. One heard less about society, history, and power and more about individuals, contingency, and choice. The importance of economic institutions gave way to notions of flexible and instantly acting markets. History was said to accelerate into a multitude of almost instantaneously accessible possibilities. Identities became fluid and elective. Ideas of power thinned out and receded. [...] The terrain of this process was the field of ideas and perceptions, not, in the first instance, society itself“ (5).

Rodgers verfolgt diese Disaggregation über mehrere Diskursfelder hinweg, die in sieben Kapiteln behandelt werden. Auch wenn Ideen zuerst im Bereich der Ökonomie in Bewegung gerieten (Kapitel 2), so waren Konzepte wie jene intersektionaler Identität und der Übergang vom Patriarchat zur Performanz in den Gender Studies (Kapitel 5), von struktureller Gewalt zu kultureller Hegemonie (Kapitel 3), oder von nationaler Geschichte zu einer Fülle idiosynkratischer Narrative (Kapitel 7) keine direkte Folge individualistischer Konsumgesellschaft oder radikaler, marktliberaler Rhetorik. Vielmehr waren diese Ausdruck transnationaler diskursiver Verschiebungen über alle gesellschaftlichen Lager hinweg. In der Folge von Friedmans monetaristischer „counter-revolution“ erscheint Ronald Reagans, Margaret Thatchers oder auch Robert Nozicks Umdeutung aggregierten, rationalen, individuellen Marktverhaltens in eine Vision gesell-

schaftlichen Wohls dann nicht einseitig als konservative beziehungsweise libertäre Revolution, sondern als ein Set spezifischer Antworten auf jene kategorialen Verschiebungen.

Jenseits solch schematischer rechts/links-Dichotomie verweist gerade die Kritik am essentialistischen Ideal der Schwesterlichkeit des „Second-wave“ Feminismus auf die Entstehung neuer politischer und intellektueller Allianzen über alte Demarkationslinien hinweg. Trotz des generellen Antagonismus zwischen amerikanischen „pro-family“ und „pro-life“-Konservativen und der feministischen Bewegung fanden sich beispielsweise Catherine MacKinnon und Andrea Dworkin in der Kontroverse um die anti-Pornographie- und anti-Prostitutionsgesetzgebung in den 1980er Jahren auf derselben Seite mit Kulturkonservativen wieder, während ein Großteil ihrer „Schwestern“ die ungehinderte Entfaltung sexueller Identität als integralen Bestandteil der feministischen Bewegung ansah (153f.). Aber nicht nur die Gegenmobilisierung der kulturkonservativen Rechten, sondern auch postkoloniale und marxistische Kritiken am feministischen Projekt westlicher, weißer Bildungseliten – prominent vertreten durch Chandra Talpade Mohanty, Martha Minow und Kimberlé Crenshaw – hinterließen mehr als nur Haarrisse im Ideal weiblicher Solidarität. Rodgers' Studie zeigt dabei aber nicht nur die Zersplitterung der Frauenbewegung, sondern auch die Diffusion feministischer Positionen in die Gesellschaft hinein. Wie es Corey Robin im London Review of Books kürzlich formuliert hat: „When Ronald Reagan begins to sound like Judith Butler and right-wing evangelicals make the linguistic turn, it's clear there is something in the air.“

Die letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts waren vor allem durch eine Renaissance politischer Theorie gekennzeichnet. Ikonische Stellung kommt ohne Zweifel Rawls' *A Theory of Justice* aus dem Jahr 1971 zu. Auch wenn Rawls' Argument für Verteilungsgerichtigkeit im analytischen Vokabular des Rational Choice formuliert war und sich die Parteien im Urzustand wie rationale Nutzenmaximierer verhielten, so lag dessen Faszination doch gerade darin, dass nach Handlungsmaximen neoklassischer Ökonomie agierende Akteure nicht etwa den Markt als Gerechtigkeitsgenerator wählen würden, sondern eine Form des Wohlfahrtsstaates (183f.). Rodgers liefert in Kapitel 6 nicht nur eine theorieimmame Diskussion einflussreicher Bücher, sondern zeigt deren Wirkung auf Policy-Debatten. Ebenso wird deutlich, dass die Theoriebildung der 1970er und 80er Jahre keineswegs nur durch den globalen „Clash“ zweier Supermächte bestimmt war. Während Rawls aber noch auf die Begründung gemeinsamer, moralischer Grundlagen einer politischen Gemeinschaft zielte, hatte sich der konzeptuelle Bezugsrahmen über die folgenden eineinhalb Dekaden fast vollständig verändert. Nicht nur Konservativen erschien das Konzept einer nationalen Gemeinschaft als „nothing but a Trojan horse for the intrusion of the invasive therapeutic state“ (197). Auch in Michael Walzer's pluralistischer Vision der Gerechtigkeit in „Spheres of Justice“ war die Nation in „little platoons“ disgregiert. Die Orte zivilen gesellschaftlichen Engagements und die Reichweite gegenseitiger Verpflichtung waren ins Partikulare verlagert; der Rawls'sche Gesellschaftsvertrag in eine Vielzahl partieller Verträge zersplittert.

Rodgers' methodologische Innovationskraft ist nicht zuletzt an denjenigen Studien ablesbar, denen dessen Arbeiten als Maßstab dienten. Jüngst wäre hier Daniel Stedman Jones' überaus empfehlenswertes Buch „Masters of the Universe: Hayek, Friedman, and the Birth of Neoliberal Politics“ zu nennen. Vor dem Bruchgefüge der intellektuellen Diskurslandschaft am Ende des 20. Jahrhunderts und teils bis ins Absurde gesteigerten, theoretischen Binnendiskursen zeigt Rodgers' Studie gerade, dass sich diese neue Unübersichtlichkeit zu mehr als einem rein arbiträren Gesamtbild fügen lässt. Ein Bild, das, in Clifford Geertz's Worten, jenseits des „great simple“ westlicher, moderner politischer Theorie liegt. Dessen europäisches Pendant aber muss noch geschrieben werden.

*Christoph M. Michael*

Thies, Björn. *Co-Gruppen-Demokratie. Vorüberlegungen und Skizze zu einer institutionellen Demokratisierung moderner Gesellschaften*. Wiesbaden. Springer VS 2012. 328 Seiten. 36,99 €.

Demokratie und Demokratiereform gehören zu den wichtigsten Forschungsgegenstände der Politikwissenschaft, deren Bedeutung wiederum sogar wächst. Dies gilt vor allem angesichts der Herausforderungen, die sich seitens des politischen Systems und der Gesellschaft stellen. Dazu zählt zum einen die Komplexität modernen Regierens, welche sich aus der Entgrenzung politischer Problemlagen und Handlungsarenen ergibt und mit der ein Wandel der Staatstätigkeit oder gar Staatlichkeit einhergeht, und zum anderen der gesellschaftspolitische Wandel, welcher von wachsender Unzufriedenheit mit